

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

*Plenarsitzungsdokument*

23.9.2008

B6-0420/2008 }  
B6-0439/2008 }  
B6-0448/2008 } RC1

## **GEMEINSAMER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

eingereicht gemäß Artikel 33 der Geschäftsordnung von

- Hartmut Nassauer und Joseph Daul im Namen der PPE-DE-Fraktion
- Silvana Koch-Mehrin und Diana Wallis im Namen der ALDE-Fraktion
- Brian Crowley und Cristiana Muscardini im Namen der UEN-Fraktion

anstelle der Entschließungsanträge folgender Fraktionen:

- PPE-DE (B6-0420/2008)
- UEN (B6-0439/2008)
- ALDE (B6-0448/2008)

zum Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2009

RC\743826DE.doc

PE410.822v01-00}  
PE413.292v01-00}  
PE413.303v01-00} RC1

**DE**

**DE**

## **Entschließung des Europäischen Parlaments zum Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2009**

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission über die Jährliche Strategieplanung für 2009 (KOM(2008)072),
  - unter Hinweis auf die Umsetzung des laufenden Legislativ- und Arbeitsprogramms für 2008 (KOM(2007)0640),
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 24. April 2008 zu der Mitteilung der Kommission über die Jährliche Strategieplanung für 2009,
  - unter Hinweis auf die Beiträge seiner Ausschüsse, die der Kommission durch die Konferenz der Präsidenten übermittelt wurden,
  - gestützt auf Artikel 103 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass angemessene Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden sollten, um den politischen Prioritäten des Legislativ- und Arbeitsprogramms Rechnung zu tragen,
- B. in der Erwägung, dass der strukturierte Dialog mit der Kommission ein wichtiger interinstitutioneller Schritt sowohl für die Umsetzung des derzeitigen Legislativ- und Arbeitsprogramms 2008 als auch für die Ausarbeitung und Annahme des Legislativ- und Arbeitsprogramms 2009 ist,
- C. in der Erwägung, dass es daher von entscheidender Bedeutung ist, dass der strukturierte Dialog rechtzeitig stattfindet, damit die wichtigsten strategischen Ziele der EU für die nächsten Jahre festgelegt werden können,
- D. in der Erwägung, dass die europäische Politik wirklichen Einfluss darauf nehmen kann und muss, die Bürger dabei zu unterstützen, sich rechtzeitig auf eine sich rasch wandelnde Gesellschaft einzustellen und darauf zu reagieren,
- E. in der Erwägung, dass sich 2009 der Fall des Eisernen Vorhangs in Europa zum zwanzigsten Mal jährt und dieses Ereignis die Voraussetzungen für eine beispiellose Integration Europas geschaffen hat und auf europäischer Ebene auf jeden Fall im Gedächtnis haften bleiben sollte, wobei seine grundlegende Bedeutung für die europäische Geschichte auf der Grundlage der europäischen Politik im Bereich der Menschenrechte und der Demokratisierung besonders hervorzuheben ist,

### **Horizontale Prioritäten**

1. stellt fest, dass bereits 24 Mitgliedstaaten den Vertrag von Lissabon ratifiziert haben; betont, wie wichtig es ist, dass der Ratifizierungsprozess zum Vertrag in den verbleibenden Mitgliedstaaten, die diesen Prozess noch nicht abgeschlossen haben, fortgesetzt wird; unterstützt daher mit Nachdruck den Beschluss des Europäischen Rates, trotz der am

12. Juni 2008 erfolgten Ablehnung des Vertrags durch Irland den Ratifizierungsprozess fortzusetzen; ist davon überzeugt, dass der Vertrag von Lissabon die notwendigen Instrumente bereitstellt, um Europa zu stärken und eine bessere europäische Zukunft für alle Europäer herbeizuführen;

### ***Lissabon-Strategie***

2. bekräftigt seine umfassende Unterstützung und sein politisches Engagement für eine reformorientierte Lissabon-Strategie mit den Schwerpunkten Wachstum und Beschäftigung; betont, dass es politisch notwendig ist, den Bürger in den Mittelpunkt dieser Strategie zu stellen und folglich Politikansätze zum Nutzen der Bürger auszuarbeiten;
3. ist der Ansicht, dass es von wesentlicher Bedeutung ist, dass die Ziele der Lissabon-Strategie im Einklang mit den demographischen Veränderungen und unter Berücksichtigung des Klimawandels, insbesondere in Bezug auf die anstehenden internationalen Verhandlungen, erreicht werden;
4. vertritt die Auffassung, dass die wirtschaftliche und währungspolitische Stabilität eine Voraussetzung für erfolgreiche Reformen ist;

### ***Verantwortungsvolle Staatsführung, bessere Rechtsetzung und bessere Gesetzgebung***

5. äußert seine feste Überzeugung, dass 2009 das Jahr für die Umsetzung und Durchsetzung der EU-Politiken in der gesamten Union ist;
6. fordert die Kommission auf, in einer engeren Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die europäischen Rechtsvorschriften so weit wie möglich umzusetzen und durchzusetzen und dazu technische Richtlinien und andere Richtlinien mit größeren Auswirkungen wie die Dienstleistungsrichtlinie und die Verbraucherkreditrichtlinie im Binnenmarktanzeiger vorrangig zu behandeln; weist darauf hin, dass in diesem Zusammenhang das Programm „Bessere Rechtsetzung“ und insbesondere die ordnungsgemäße Umsetzung und Überwachung des Gemeinschaftsrechts sowie die Berichterstattung darüber vorrangig behandelt werden sollten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Kommission eine zentrale Aufgabe dabei zufällt, die Mitgliedstaaten beim Erreichen dieses Ziels zu unterstützen;
7. fordert die Europäische Kommission nachdrücklich auf, den Verwaltungs- und Regelungsdruck zu verringern, erinnert daran, dass es das Ziel unterstützt, den Verwaltungsaufwand bis 2012 um 25 % zu verringern, und fordert greifbare Ergebnisse; betrachtet dies als wesentliche Priorität, insbesondere für KMU, und als einen zentralen Beitrag zum Erreichen der Ziele der Lissabon-Strategie;
8. vertritt die Auffassung, dass die Kommission vor einer Vorlage von Vorschlägen für neue Richtlinien strenge und von unabhängiger Stelle überprüfte Folgenabschätzungen durchführen sollte;

### ***Komitologie***

9. fordert die Kommission auf, dem Parlament Legislativvorschläge zur Vollendung der
- RC\743826DE.doc PE410.822v01-00}  
PE413.292v01-00}  
PE413.303v01-00} RC1

laufenden Komitologie-Anpassung zu unterbreiten und mit allen Organen eine Einigung zu erzielen;

### ***Haushaltsaspekte***

10. bringt erhebliche Einwände gegen die anhaltende Neigung der Kommission und des Rates zum Ausdruck, die neue politische Prioritäten vorlegen, ohne dabei die angespannte Situation des derzeitigen Mehrjahres-Finanzrahmens für den Zeitraum 2007-2013 zu berücksichtigen, und äußert seine ernsthafte Besorgnis angesichts der Sachzwänge, vor dem Hintergrund der begrenzten Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln für das Jahr 2009 den neuen Prioritäten in effizienter Weise Rechnung zu tragen und die bestehenden Politikansätze zu bewahren;
11. erwartet im Anschluss an den öffentlichen Konsultationsprozess bis spätestens Dezember 2009 den Vorschlag der Kommission zur Halbzeitbewertung des Haushaltsplans, wie dies in der Interinstitutionellen Vereinbarung von 2006 festgelegt wurde, und hält dies für eine Gelegenheit, im Hinblick auf den zweiten Teil des Mehrjährigen Finanzrahmens die Schwachstellen in einigen wichtigen Politikbereichen zu beseitigen; erwartet einen innovativen und zukunftsweisenden Ansatz, der es ermöglicht, den künftigen Herausforderungen für Europa besser gerecht zu werden, wobei der Haushalt ein Instrument und kein Hindernis sein sollte;
12. fordert die Kommission auf, mit den Mitgliedstaaten an der Verbesserung der Qualität der nationalen Erklärungen über EU-Finanzierungen zu arbeiten (wie dies in der Interinstitutionellen Vereinbarung und in der Haushaltsordnung vorgesehen ist), einschließlich einer möglichen Überprüfung dieser Erklärungen durch die nationalen Rechnungshöfe oder durch den Europäischen Rechnungshof, und fordert einen baldigen Bericht über diese Bemühungen, damit ihm ein hilfreiches Informationswerkzeug zur Verfügung gestellt wird; fordert die Kommission auf, dem Parlament den Vorschlag über das hinnehmbare Fehlerrisiko in verschiedenen Ausgabenbereichen vorzulegen;
13. fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung der administrativen Belastungen für öffentliche und private Akteure fortzusetzen; fordert die Kommission auf, die Fortschrittsanzeiger in Bezug auf die erzielten Ergebnisse vorzulegen und künftige Maßnahmen aufzuzeigen, die in diesem Bereich getroffen werden müssen;
14. erwartet als Kernelement der Entlastung für das Haushaltsjahr 2007 signifikante Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans für Strukturfonds und des neuen Berichterstattungssystems für Unregelmäßigkeiten und Einziehungen;

### ***Kommunikation über Europa***

15. unterstützt die Kultur der Subsidiarität als politisches Kernelement, das die Grundlage einer Kommunikationskampagne der Kommission zur Wiedergewinnung des Vertrauens der Bürger in Europa darstellen sollte;
16. fordert die Kommission auf, die Bürger in den Mittelpunkt des europäischen Aufbauwerks zu stellen; fordert sie eindringlich auf, ihre Bemühungen darauf zu konzentrieren, die

RC\743826DE.doc

PE410.822v01-00}

PE413.292v01-00}

PE413.303v01-00} RC1

Entwicklung einer wirksamen Kommunikationspolitik zu verstärken, damit die Bürger in die Lage versetzt werden, die EU besser zu verstehen, insbesondere im Jahr der Wahlen zum Europäischen Parlament; erinnert die Kommission an ihre Zusage, vor dem Hintergrund der von ihr vorgeschlagenen Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001<sup>1</sup> über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission für mehr Transparenz und einen verbesserten Zugang zu Dokumenten zu sorgen, und fordert rasche Fortschritte in anderen Transparenzfragen, beispielsweise in Bezug auf die Begünstigten von EU-Mitteln;

### **Wachstum und Beschäftigung**

17. fordert die Kommission mit Nachdruck auf, die Stärkung von Wachstum, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu einer politischen Priorität zu machen;
18. bekundet seine feste Überzeugung, dass ohne nachhaltiges Wachstum und Wohlstand kein sozialer Fortschritt möglich ist; ist weiterhin davon überzeugt, dass die Mitgliedstaaten ihre eigenen Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip wahrnehmen müssen; fordert die Kommission auf, eine Mitteilung zur Bewertung der Umsetzung der Richtlinie über die Koordinierung der Sozialversicherungssysteme in den Mitgliedstaaten durch die Mitgliedstaaten vorzulegen;
19. unterstützt die Bemühungen der Kommission, für die nächste Phase der EU-Strategie zu sozialer Eingliederung und sozialem Schutz eine Verringerung der Armut zu erreichen;

### **Wirtschafts- und Währungsunion**

20. fordert die Kommission auf, einen Legislativvorschlag zur Einführung einer europäischen Regelung für Privatplatzierungen vorzulegen, die den grenzüberschreitenden Handel mit Investitionsprodukten zwischen professionellen Investoren ermöglichen würde;
21. ist angesichts der derzeitigen finanziellen Turbulenzen der Auffassung, dass die wesentlichen Prioritäten Maßnahmen zur Beseitigung der durch die gegenwärtige Finanzkrise zu Tage getretenen Schwachstellen betreffen:
  - Überwachungsrahmen und Lamfalussy-Follow up,
  - Initiativen zur Stärkung des bestehenden Aufsichtsrahmens der EU, Lamfalussy-Rahmen und Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsbehörden der EU (Ebene 3-Ausschüsse) und den Aufsichtsbehörden aus Drittstaaten (insbesondere den USA) unter besonderer Berücksichtigung der Finanzstabilität,
  - Initiative zur Bewertung der von Hedge-Fonds ausgehenden Risiken für die Finanzstabilität und konkrete Schritte zur Regulierung von Rating-Agenturen,
  - Einleitung der erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Außenvertretung der Eurozone auf dem internationalen Finanzparkett (G7, IWF, Weltbank),

<sup>1</sup> *ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43.*

- Initiative zur Überarbeitung der geltenden Bestimmungen über Einlagensicherungssysteme in der EU im Hinblick auf die Berücksichtigung grenzüberschreitender Fragestellungen, Konzernstrukturen und der Konsolidierung innerhalb des Sektors, insbesondere im Hinblick auf eine Anhebung des Deckungsgrads, die Geschwindigkeit von Einziehungen und die Rechtssicherheit im Falle einer grenzüberschreitenden Bereitstellung von Dienstleistungen oder grenzüberschreitender Konzerne;

### ***KMU***

22. fordert die Kommission auf, Vorschläge vorzulegen, um KMU beim Zugang zu flexiblen Arbeitsmärkten zu unterstützen, da dies eine wesentliche Anforderung an Unternehmen ist; betont, wie wichtig es ist, den Unternehmergeist zu stimulieren und durch einen übermäßigen Verwaltungsaufwand bedingte grenzüberschreitende Hindernisse zu beseitigen; fordert einen leichteren und kostengünstigeren Zugang von KMU zu europäischen Normen sowie Steueranreize und eine bessere Finanzierung für große KMU;

### ***Energiepolitik***

23. fordert die Kommission auf, die Situation in den Mitgliedstaaten in Bezug auf die Schaffung von TEN im Energiesektor zu überprüfen; weist die Kommission darauf hin, dass die ausgewählten Vorhaben zur Vollendung des Binnenmarkts für Energie und zur Versorgungssicherheit in der EU beitragen;
24. ersucht die Kommission, umgehend eine optimale und möglichst objektive Analyse der möglichen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen von Energiepreisschwankungen vorzulegen;

### ***Geistiges Eigentum***

25. bringt seine nachdrückliche Überzeugung zum Ausdruck, dass kreative Ideen aufgrund von Erfindungen und Innovationen dazu beitragen, die wirtschaftliche Stärke und den technischen Fortschritt Europas sicherzustellen; anerkennt deshalb, dass auf europäischer und internationaler Ebene ein angemessenes Maß an Schutz der Rechte auf geistiges Eigentum erforderlich ist;

### ***Innovation und Forschung***

26. bekräftigt seine Forderung an die Kommission, kontinuierlich über die Zwischen- und Endergebnisse der durch die laufenden FuE-Rahmenprogramme finanzierten Projekte Bericht zu erstatten; fordert die Kommission ferner auf, mit dem operativen Betrieb des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie zu beginnen, das dazu beitragen sollte, mit Hilfe strategischer Forschungs- und Schulungsmaßnahmen die Innovationslücke zwischen der EU und ihren wichtigsten Wettbewerbern zu schließen;

### ***Binnenmarkt und Ziviljustiz***

27. unterstreicht, dass die Bedeutung einer gegenseitigen Anerkennung in Verbindung mit einer gezielten Harmonisierung des Binnenmarktes sowie einer systematischeren und stärker integrierten Überwachung wesentlicher Waren- und Dienstleistungsmärkte im Hinblick auf die Identifizierung vorhandener Probleme besonders hervorgehoben werden muss; betont die Bedeutung einer baldigen Annahme der Richtlinie über Bauprodukte, da dies eine Herausforderung und eine Gelegenheit darstellt, das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes in dem betreffenden Sektor zu gewährleisten;
28. fordert die Kommission auf, der von ihm bereits früher erhobenen Forderung nachzukommen und eine Aktualisierung der Richtlinie über landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Zugmaschinen vorzuschlagen, bei der die jüngsten Entwicklungen in diesem Bereich berücksichtigt werden und der Verwaltungsaufwand verringert wird;
29. fordert konkrete Legislativvorschläge zur Europäischen Öffentlichen Urkunde, zur Vormundschaft für Erwachsene und zur e-Justiz;
30. bekräftigt seine Forderung, Vorschläge für das Statut des Europäischen Vereins und der Europäischen Gegenseitigkeitsgesellschaft zu erhalten;
31. erwartet spürbare Fortschritte beim Gemeinsamen Referenzrahmen im Bereich des Vertragsrechts;

### ***Verkehrspolitik***

32. fordert, dass vor dem Ende dieser Wahlperiode eine Einigung über den Rahmen für das dritte Paket zur Sicherheit auf See erzielt wird;
33. fordert nachdrücklich die Verwirklichung der Transeuropäischen Netze als notwendige Instrumente zur Verbesserung der Interoperabilität und der Verknüpfung zwischen nationalen Netzen; fordert die Kommission auf, regelmäßig über die strategischen Vorhaben, deren Fortschritte und ihre Finanzierung Bericht zu erstatten;
34. fordert die Kommission mit Nachdruck auf, eine umfassende Politik zu Gunsten der Rechte von Passagieren, von den Fluggästen bis hin zu den Busreisenden auf langen Strecken, zu entwickeln und vorzuschlagen bzw. sie zu überarbeiten und umzusetzen;
35. begrüßt die wichtigsten Prioritäten der Kommission für den Verkehrssektor, insbesondere die geplanten Maßnahmen für die Umsetzung der Verkehrsleitsysteme wie SESAR (Luftverkehrsleitsystem für den einheitlichen europäischen Luftraum) und ERTMS (Europäisches Eisenbahnverkehrsleitsystem), die zu einer sichereren und effizienteren europäischen Verkehrspolitik beitragen werden;

### ***Verbraucherpolitik***

36. vertritt die Auffassung, dass bei neuen Maßnahmen der Kommission stärker berücksichtigt werden sollte, dass die Bürger durchaus in der Lage sind, eigenverantwortlich und durchdacht zu handeln, um persönliche Entscheidungen zu treffen; vertritt nachdrücklich die Auffassung, dass das europäische Modell einer offenen Gesellschaft besser ist als ein auf

Abhängigkeit beruhendes Gesellschaftsmodell;

37. vertritt die Auffassung, dass die Überarbeitung des gemeinschaftlichen Besitzstands im Verbraucherschutz zu einer weiteren Stärkung des Vertrauens der Verbraucher in den Binnenmarkt führen dürfte, und unterstützt daher einen problemlosen und wirksamen Zugang zur Justiz, insbesondere durch die außergerichtliche Beilegung von Streitigkeiten, wobei rechtliche Maßnahmen lediglich als letzter Ausweg dienen sollten; betont, dass mit einer Verbesserung der bestehenden Rechtsbehelfsmechanismen und einer Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten viel erreicht werden kann;
38. ist der Ansicht, dass die Kommission die Frage der Rechtsmittel für Verbraucher sorgfältig prüfen, sich mit den im Bericht Lehtinen angesprochenen Fragen, einschließlich der Frage der Rechtsgrundlage, befassen und eine geeignete kohärente Lösung auf europäischer Ebene vorschlagen muss, einschließlich der Möglichkeit einer Sammelklage von Verbrauchern;
39. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Umsetzung und Durchsetzung wesentlicher Richtlinien wie der Dienstleistungsrichtlinie, des Modernisierten Zollkodex sowie neuer Richtlinien im Bereich des Besitzstands im Bereich des Verbraucherschutzes (Richtlinie über Teilnutzungsrechte, Verbraucherkreditrichtlinie) konsequent weiter zu verfolgen;

### **Klimawandel und nachhaltige Entwicklung in Europa**

#### ***Klimawandel***

40. fordert die Kommission auf, im Zusammenhang mit ihren laufenden Verhandlungen mit der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) auch weiterhin an der Vorbereitung der Grundlagen für eine ehrgeizige weltweite Klimavereinbarung auf der Konferenz der Vertragsparteien COP15 im Jahr 2009 in Kopenhagen zu arbeiten; ist der Auffassung, dass die Vorbereitungen darüber hinaus die Förderung des Emissionshandelssystems der EU als Muster für den Emissionshandel im Hinblick auf eine künftige Anbindung anderer Emissionshandelssysteme an das Emissionshandelssystem der EU und den Betrieb eines wettbewerbsfähigen internationalen CO<sub>2</sub>-Marktes einschließen sollten; fordert die Kommission ferner auf, es über den Fortgang dieser Vorbereitungen zu unterrichten;
41. fordert die Kommission auf, die erforderlichen Prozesse einzuleiten, die darauf ausgerichtet sind, die Folgen des Klimawandels für alle bestehenden Politiken umfassend zu berücksichtigen und auf dieser Grundlage eine Strategie für eine effiziente Vorbereitung der künftigen EU-Umweltpolitik festzulegen; weist darauf hin, dass die EU auch weiterhin unter Beweis stellen muss, dass Wirtschaftswachstum und Entwicklung in einer Volkswirtschaft mit geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß miteinander in Einklang gebracht werden können; erinnert ferner an die Notwendigkeit, dafür Sorge zu tragen, dass Umweltziele und die Zielsetzungen hinsichtlich des Klimawandels in alle Politiken und Finanzierungsprogramme der EU einbezogen werden;
42. unterstreicht die Notwendigkeit des Schutzes der biologischen Vielfalt als solcher vor Belastung durch den Menschen, Verschmutzung, Verschlechterung der Bodenqualität und Klimawandel und erachtet es als wesentlich, die biologische Vielfalt in andere

RC\743826DE.doc

PE410.822v01-00}

PE413.292v01-00}

PE413.303v01-00} RC1

Politikbereiche wie Landwirtschaft, Bodenschutz oder Biokraftstoffe einzubeziehen; fordert, dass auf europäischer Ebene klare und messbare Ziele festgelegt werden, die eine Überwachung der Situation erlauben, und verlangt sofortige und konkrete Maßnahmen im Hinblick auf das Erreichen des Ziels der EU, den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 zu stoppen;

43. hält es für wesentlich, dass die europäischen Forschungsausgaben für erneuerbare Energieträger aufgestockt werden, damit Europa seine Ziele im Zusammenhang mit dem Klimawandel besser erreichen und die Energieversorgungssicherheit in Zukunft angesichts des zunehmenden Wettbewerbs um fossile Brennstoffe verstärken kann, und fordert die Kommission auf, die Möglichkeiten zur Schaffung eines effizienten Binnenmarktes für erneuerbare Energien zu prüfen;

### ***Umwelt***

44. fordert die Kommission nachdrücklich auf, unverzüglich einen Vorschlag zur Beendigung des illegalen Holzeinschlags auszuarbeiten, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Europäische Union eine klare Rolle spielen muss, um illegalen Holzeinschlag zu stoppen, da sie sowohl der wichtigste Importeur und Verbraucher von Holz als auch einer der größten Hilfegeber und Direktinvestoren ist;
45. bekräftigt die Notwendigkeit einer EU-Ostsee-Strategie; begrüßt den Bericht über eine Ostsee-Strategie für die Nördliche Dimension und fordert die Kommission auf, eine EU-Strategie für die Ostseeregion vorzulegen und einen gemeinschaftlichen Aktionsplan zum Schutz der Ostsee und des Schwarzen Meers vor den Auswirkungen der Verschmutzung auszuarbeiten;
46. fordert die Kommission auf, so bald wie möglich ihren Vorschlag über den Finanzierungsmechanismus vorzulegen, um zu gewährleisten, dass bis zu zwölf Demonstrationsanlagen für kommerzielle Stromerzeugung auf der Grundlage von Kohlenstoffabscheidung und -speicherung bis 2015 gebaut und in Betrieb genommen werden; hält dies für absolut vorrangig und fordert die Kommission daher auf, ihre Vorschläge bis Ende 2008 vorzulegen;

### ***Nachhaltige Entwicklung in Europa***

47. fordert die Kommission auf, vor der Veröffentlichung des nächsten Jahresberichts über den EGAF klare Benchmarks und Kriterien für die Auswertung der Ergebnisse festzulegen, die in Fällen erzielt werden, in denen finanzielle Hilfe aus dem EGAF geleistet wurde;
48. fordert die Kommission auf, eine Mitteilung über die Ausführung des Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung, der eines der Hauptinstrumente zur Umsetzung der EU-Strategie für soziale Eingliederung, Sozialschutz und Beschäftigung ist, durch die Mitgliedstaaten vorzulegen;

### ***Landwirtschaft***

49. betont, wie wichtig es ist, die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) fortzusetzen;

RC\743826DE.doc

PE410.822v01-00}

PE413.292v01-00}

PE413.303v01-00} RC1

ist der Ansicht, dass der „Gesundheitscheck“ eine wichtige politische Initiative der Kommission darstellt, mit der versucht werden sollte, die notwendige Vereinfachung und die Anpassungen für den Zeitraum 2009 bis 2013 zu bewerkstelligen, und hält sie für einen Meilenstein auf dem Weg zur Reform der Finanziellen Vorausschau der EU, in deren Rahmen die Prioritäten für die Zeit nach 2013 geprüft werden; erwartet mit Nachdruck, dass dieser Prozess zu einem pulsierenden Agrarsektor der EU beitragen wird, der besser gewappnet ist, den Erfordernissen der Ernährungssicherheit vor dem Hintergrund ökologischer Erfordernisse und des Klimawandels gerecht zu werden; ist der Auffassung, dass die Ergebnisse der Doha-Entwicklungsagenda berücksichtigt werden sollten;

50. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die für Bildungsmaßnahmen, Weiterbildungsnetze und Austauschprogramme für junge Landwirte bereitgestellten Mittel aufzustocken und die politischen Instrumente für junge Landwirte im Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums zu stärken;

### ***Fischereipolitik***

51. begrüßt die von der Kommission geäußerte Absicht, 2009 einen Vorschlag zur Reform der Gemeinsamen Marktorganisation (GMO) für Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse vorzulegen;
52. bedauert die Tatsache, dass die Kommission noch keine Mitteilung über die Harmonisierung der Strafen für schwerwiegende Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht im Bereich der Fischerei vorgelegt hat;
53. bekräftigt seine Forderung an die Kommission, Finanzmittel für die integrierte Meerespolitik der EU und die notwendigen angemessenen Legislativinstrumente für ihre Durchführung bereitzustellen; betont, dass die vorbereitenden Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Meerespolitik nicht aus den für die Gemeinsame Fischereipolitik vorgesehenen Haushaltsmitteln finanziert werden sollten, da diese Mittel schon jetzt nicht gerade ausreichend sind; unterstützt ferner uneingeschränkt die zeitlich befristeten Sondermaßnahmen zur Förderung der Umstrukturierung der durch die Wirtschaftskrise betroffenen Fischereiflotte der EU;

### ***Kohäsionspolitik***

54. ist der Ansicht, dass angesichts der Halbzeitbewertung der Ausführung der Strukturfonds in Zukunft zusätzliche finanzielle Ressourcen für die Kohäsionspolitik gewährleistet werden müssen, um die voraussichtlichen neuen Herausforderungen anzunehmen, die erhebliche territoriale Auswirkungen haben werden; erwartet für 2009 mit Ungeduld eine Reihe wichtiger Mitteilungen, die für die Diskussion der anstehenden Reform der Kohäsionspolitik von entscheidender Bedeutung sein werden;
55. fordert die Kommission im Anschluss an die Annahme seines Berichts über die Wohnungs- und Regionalpolitik im Mai 2007 auf, zwei Studien im Bereich der Wohnungspolitik durchzuführen: eine Studie, in der aufgezeigt wird, wie die Befugnisse und Zuständigkeiten zwischen der nationalen, der regionalen und der lokalen Ebene verteilt sind und in der der Rechtsrahmen in der EU27 dargestellt wird, und eine zweite Studie über die Kosten von und

RC\743826DE.doc

PE410.822v01-00}

PE413.292v01-00}

PE413.303v01-00} RC1

die Nachfrage nach Wohnungen sowie über den Immobilienmarkt in den Mitgliedstaaten im Allgemeinen;

## **VORRANG FÜR DEN BÜRGER**

### ***Kulturelle Identität und Vielfalt***

56. fordert die Kommission auf, die Programme und Maßnahmen umfassender zu unterstützen und dazu innovative Projekte im Bereich der kulturellen und bildungspolitischen Austauschmaßnahmen, des kulturellen Fremdenverkehrs und der nachhaltigen Entwicklung unter umfassender Mitwirkung der Regionen und der örtlichen Behörden umzusetzen, wie etwa die Kulturwege des Europarats, und neue Initiativen zur Stärkung und Förderung des kulturellen Erbes der Roma und Sinti zu unterstützen;
57. hält es für wesentlich, dass das Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs in geeigneter Art und Weise nachbereitet wird, und fordert die Kommission auf, diesen Dialog fortzusetzen; fordert die Errichtung eines Europäischen Forums für Interkulturellen Dialog, mit dem die Praktiken des interkulturellen Dialogs in Europa und mit anderen Kulturen und Religionen weltweit fortgesetzt werden sollen; fordert die Kommission auf, die Förderung des Gedankens des Europäischen Jahres des Interkulturellen Dialogs 2008 fortzuführen;
58. betont, dass das laufende Verfahren zur Annahme des Programms Erasmus Mundus (2009-2013) zufriedenstellend und rasch abgeschlossen werden muss;

### ***Bildungswesen***

59. fordert die Kommission nachdrücklich auf, Anfang 2009 eine Mitteilung über den Dialog zwischen Universitäten und Unternehmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Universitäten und ein Grünbuch über die Kultur- und Kreativindustrie mit Optionen zur Nutzung des Potenzials der Kulturindustrie für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für das Wirtschaftswachstum vorzulegen; fordert die Kommission auf, eine Mitteilung über die Anpassung der Aus- und Weiterbildungssysteme an die vom Arbeitsmarkt geforderten neuen Qualifikationen vorzulegen;
60. fordert den Rat und die Kommission auf, den für die Anpassung der Empfehlung des Rates über die europaweite Mobilität junger Freiwilliger vorgeschlagenen Zeitplan zu überprüfen, um dem Parlament eine angemessene Zeitspanne für seine Stellungnahme zur der Empfehlung zu ermöglichen;

### ***Sport***

61. fordert politische Verpflichtungen einschließlich eines Rechtsrahmens sowie von Maßnahmen und Aktionen insbesondere vorbereitenden Charakters, um mit dem Prozess zur Umsetzung des Aktionsplans „Pierre de Coubertin“ zu beginnen;

### ***Gesundheit***

62. betont, dass bei den von der Kommission durchgeführten Impaktprüfungen nach Maßgabe  
RC\743826DE.doc PE410.822v01-00}  
PE413.292v01-00}  
PE413.303v01-00} RC1

des Vertrags von Amsterdam die gesundheitlichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Gemeinschaftsmaßnahme stets berücksichtigt werden sollten, da dies zu einem integrierten Ansatz und zu verstärkten Synergien zwischen der Gesundheitspolitik und den übrigen Politikansätzen der EU führen wird; geht davon aus, dass eine solche Prüfung so unabhängig erfolgen sollte, wie dies mit dem Einsatz verfügbaren Fachwissens vereinbar ist; drängt die Kommission darauf, Gesundheitsindikatoren festzulegen, um sicherzustellen, dass die erhobenen Daten vergleichbar sind und auf EU-Ebene sowie auf nationaler und internationaler Ebene verwendet werden können;

63. bekräftigt erneut und mit Nachdruck, dass die Fälschung von Arzneimitteln eine schwerwiegende gesundheitliche Bedrohung und ein drängendes Problem von europäischem und internationalem Ausmaß darstellt, das als Teil des allgemeinen Kampfes gegen Produktfälschungen angegangen werden sollte;
64. fordert die Kommission eindringlich auf, ein Strategiepapier darüber vorzulegen, wie die Herausforderungen einer gesunden alternden Bevölkerung auf der Grundlage des jüngsten Eurostat-Berichts bewältigt werden können;
65. begrüßt den Umstand, dass die Kommission ihren Vorschlag für eine Richtlinie über die Anwendung der Patientenrechte bei grenzüberschreitenden medizinischen Dienstleistungen endlich vorgelegt hat, was einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem freien Europa für Patienten darstellt;
66. fordert die Kommission nachdrücklich auf, eine legislative Änderung der Richtlinie 2000/54/EG über den Schutz der Arbeitnehmer vor der Exposition gegenüber biologisch wirksamen Stoffen (Richtlinien 89/391/EWG und 90/679/EWG) vorzulegen, um die Risiken im Zusammenhang mit der Arbeit mit Nadeln und scharfkantigen medizinischen Instrumenten anzugehen;

#### ***Gleichberechtigung, Berücksichtigung der Gleichstellungsfrage und Rechte von Kindern***

67. begrüßt den Vorschlag der Kommission in Bezug auf die Rechte von Kindern und deren Schutz; fordert die Kommission eindringlich auf, eine energische Empfehlung zum Schutz von Kindern vor schädlichen Inhalten bestimmter Internetprogramme vorzulegen; stellt fest, dass die Strategie der Kommission in Bezug auf die Berücksichtigung der Gleichstellungsfrage sehr allgemein gehalten ist; fordert deshalb die Kommission nachdrücklich auf, umgehend Einzelheiten zu dem für diesen Herbst erwarteten Vorschlag für neue Richtlinien vorzulegen; fordert die Kommission ebenfalls nachdrücklich auf, die Schaffung eines Europäischen Warnsystems für vermisste Kinder zu beschleunigen;

#### ***Schutz der Bürger***

68. unterstützt die Auffassung, dass die EU Kriminalität und Gewalt bekämpfen muss, um die Bürger zu schützen; fordert in diesem Zusammenhang verstärkte Bemühungen zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität unter besonderer Berücksichtigung von Cyber-Kriminalität; fordert politische Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus, die umfassend definiert werden müssen, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, einen Vorschlag zu unterbreiten, der die Interessen der Opfer von Terrorismus wahrt, sowie

RC\743826DE.doc

PE410.822v01-00}

PE413.292v01-00}

PE413.303v01-00} RC1

Vorschläge auszuarbeiten, um ein größeres Maß an Bio-Abwehrbereitschaft gegenüber Terrorismus zu gewährleisten;

### ***Lebensmittelsicherheit***

69. betont die Notwendigkeit, die Kennzeichnung von Lebensmitteln insbesondere in Bezug auf das Ursprungsland und/oder den Herkunftsort in Verbindung mit Begleitmaßnahmen zur Überwachung der Umsetzung dieser Erfordernisse zu verstärken; bekundet seine Besorgnis darüber, dass steigende Lebensmittelpreise bedauerlicherweise eine günstige Gelegenheit für Lebensmittelbetrug bieten werden, wodurch EU-Bürger gefährdet werden und ehrliche Lebensmittelverarbeitungsbetriebe aus der EU sich intern wie extern einem unlauteren Wettbewerb ausgesetzt sehen;

### **Verwirklichung der Gemeinsamen Einwanderungspolitik**

#### ***Grenzschutz***

70. betont, dass das Schengen-Informationssystem (SIS II) und das Visa-Informationssystem (VIS) unbedingt so rasch wie möglich umfassend umgesetzt werden müssen; hält es ebenfalls für unbedingt notwendig, Frontex zu stärken, was davon abhängt, inwieweit sich die Mitgliedstaaten dazu verpflichten, Personal und Ausrüstung zu stellen;

#### ***Einwanderung***

71. begrüßt die Zusage der Kommission, eine gemeinsame Einwanderungspolitik auszuarbeiten, und betont, dass ein „Europäischer Pakt über Migrationspolitik“ Bereiche abdecken sollte, die sowohl mit der Bekämpfung der illegalen Einwanderung als auch mit der Steuerung der legalen Einwanderung in Verbindung stehen;
72. begrüßt den Plan, die Gemeinsame Europäische Asylpolitik bis 2010 endgültig festzulegen, und vertritt die Auffassung, dass sie durch die Richtlinie der EG über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten ergänzt werden muss; hält es für vorrangig, dass die Verordnung (EG) Nr. 343/2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist (Dublin II-Regelung), überarbeitet werden sollte;

### **Europa als Partner in der Welt**

#### ***Europäische Nachbarschaft***

73. stellt fest, dass im Zuge der Verurteilung der russischen Militäraktion gegen Georgien die Beziehungen zwischen Russland und der EU an einem Scheideweg angelangt sind;
74. fordert die Kommission auf, eine Beurteilung der Konsequenzen des jüngsten Konflikts für die Energieversorgung der EU vorzulegen und die Bemühungen zur Diversifizierung der Energieformen und -quellen zu intensivieren; erwartet ein konsequentes Engagement der EU und bekräftigt seine Unterstützung für die Nabucco-Pipeline und ist der Ansicht, dass dieses

Projekt eine Priorität für die Europäische Union mit adäquater spezifischer Unterstützung aus dem EU-Haushalt sein sollte; fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen zur Annahme einer echten gemeinsamen Energiepolitik fortzusetzen;

75. bekundet seine Überzeugung, dass die Überarbeitung der Europäischen Sicherheitsstrategie sich auch auf die Bereiche Energie(versorgungs-)sicherheit, Klimawandel und Lebensmittelsicherheit erstrecken sollte;
76. fordert eine gründliche Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), insbesondere in Bezug auf die östlichen Nachbarn der EU; erwartet von der Kommission die Vorlage ihrer Vorschläge für einen Ausbau der Beziehungen zu den östlichen Nachbarländern und hofft, dass die entsprechende Halbzeitbewertung der Finanzinstrumente für externe Maßnahmen und eine Aufstockung der Finanzmittel die ENP erheblich aufwertet und für die betroffenen Länder interessanter werden lässt;
77. fordert die Kommission auf, die Schaffung einer parlamentarischen Dimension der Nachbarschaftspolitik Ost durch die Einsetzung einer EURO-NEST-Versammlung zu unterstützen, in der MdEP und Mitglieder der nationalen Parlamente aus den Ländern der Nachbarschaft Ost zusammenkommen;
78. betont die Bedeutung eines möglichst baldigen Abschlusses der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, nicht zuletzt als Signal an die gesamte Region des westlichen Balkan einschließlich des Kosovo dahingehend, dass ihre Zukunft innerhalb der EU liegt, sofern sie die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen kann; weist jedoch darauf hin, dass das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon eine unverzichtbare Voraussetzung für künftige Erweiterungen darstellt;
79. begrüßt die jüngste Initiative „Der Prozess von Barcelona: Union für das Mittelmeer“; fordert die Kommission auf, bei der weiteren Ausgestaltung dieses Prozesses eine gewichtige Rolle wahrzunehmen und sicherzustellen, dass die neue Initiative und die bisherigen Errungenschaften von Barcelona sorgfältig miteinander verknüpft werden;

### ***Übrige Welt***

80. stellt fest, dass ab Januar 2009 eine neue US-Regierung im Amt sein wird; erinnert an die kritische Bedeutung, die einer engen Zusammenarbeit der EU mit den USA bei den großen globalen Herausforderungen wie Klimawandel und Energiesicherheit zukommt; verlangt, dass die Kommission sich vorrangig darum bemühen sollte, umgehend Kontakt mit der neuen US-Regierung aufzunehmen, um in den kommenden Monaten die transatlantische Partnerschaft zu vertiefen;
81. betont die strategische Bedeutung einer Lösung des Nahost-Konflikts für die Stabilität und den Wohlstand in der gesamten Mittelmeerregion; bekräftigt seine Forderung nach einer Einigung zwischen Israel und der Palästinensischen Seite; vertritt die Auffassung, dass die Europäische Union als größter Bereitsteller von Unterstützung für die Palästinenser innerhalb der diplomatischen Tätigkeiten des Quartetts eine gewichtigere Rolle in dieser Region wahrnehmen kann;

82. erinnert an seine Rolle beim Aufbau des der Kommission angegliederten Europäischen Auswärtigen Dienstes zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon, insbesondere in Bezug auf die Ernennung von EU-Botschaftern;
83. fordert die Kommission nachdrücklich auf, sich aktiv an der für 2010 vorgesehenen Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags zu beteiligen und einen koordinierten, wesentlichen und sichtbaren Beitrag zum positiven Abschluss dieser Konferenz zu leisten;
84. fordert die Kommission auf, in jedes Landesstrategiepapier und andere Strategiedokumente eine eigene Strategie betreffend Menschenrechte und die Lage der Demokratie aufzunehmen und diese als Rahmen für den politischen Dialog zu nutzen;
85. fordert die Kommission auf, die Ergebnisse der Dialoge und Konsultationen zu Menschenrechtsfragen in Vorhaben und Programmen vor allem der Entwicklungszusammenarbeit und der technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit umfassend zu berücksichtigen;
86. fordert die Kommission auf, die vollständige Umsetzung des Übereinkommens zum Verbot von Landminen und alle Initiativen zur Annahme eines internationalen Vertrags über das Verbot von Streumunition zu unterstützen;

### ***Entwicklungspolitik***

87. bekundet seine Überzeugung, dass im Rahmen des Legislativ- und Arbeitsprogramms der Kommission auch die Rolle der EU in der Entwicklungszusammenarbeit weltweit hervorgehoben werden sollte; betont, dass das Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission einen kohärenten und strukturierten Ansatz für die Lage der Ernährungsunsicherheit enthalten sollte, wobei nicht nur auf die kurzfristige Lebensmittelhilfe eingegangen werden sollte, sondern auch auf die Notwendigkeit, die landwirtschaftliche Produktion und die Landwirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern zu stimulieren;
88. bedauert, dass die Kommission nicht eigens auf ihren für 2009 vorgesehenen Aktionsplan zur Umsetzung der Gemeinsamen EU-Afrika-Strategie, das versprochene Handelshilfe-Programm, die WPA-Verhandlungen und die Auswirkungen des Klimawandels auf die Entwicklungsländer hinweist; erinnert die Kommission daran, dass ihre ehrgeizigen Pläne in Bezug auf die Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung auch im Jahre 2009 weiter verfolgt werden sollten und dass die jüngsten vom OECD-Entwicklungshilfeausschuss im Jahre 2007 vorgelegten Zahlen zur öffentlichen Entwicklungshilfe darauf hinweisen, dass die Beiträge der Mitgliedstaaten für öffentliche Entwicklungshilfe drastisch zurückgegangen sind; vertritt die Auffassung, dass die Kommission darauf hinarbeiten sollte, diesen Zustand im Laufe des Jahres 2009 zu beheben, um zu gewährleisten, dass Europa seiner Verpflichtung nachkommen kann, bis zum Jahre 2015 insgesamt 0,7% des Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe aufzuwenden;
89. vertritt die Auffassung, dass die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Ländern frühzeitig abgeschlossen werden sollten und dass die WPA-Zwischenabkommen im Laufe des Jahres 2009 mit allen AKP-Regionen in vollwertige Abkommen umgewandelt werden

sollten; betont ferner die Bedeutung eines Abschlusses der Verhandlungen zu den Assoziierungsabkommen mit Mittelamerika, der Andengemeinschaft und Mercosur, um der gesamten Region Südamerika eine umfassende Perspektive einer Assoziierung mit der EU zu geben;

90. bedauert zutiefst den Mangel an Koordinierung und Kohärenz zwischen den größeren Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, wie dies durch den Umstand belegt wird, dass sie hinter ihren Verpflichtungen zurückbleiben; betont deshalb, dass verbindliche nationale Zeitpläne festgelegt werden müssen, um einen Anstieg der realen Hilfe zu gewährleisten und die zugesagten gemeinsamen Ziele zu erreichen;

### *Handel*

91. betont, wie wichtig der erfolgreiche Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde ist, die sich nunmehr in einer kritischen Phase befindet; bekundet seine Überzeugung, dass die Kosten für ein Scheitern der WTO-Verhandlungen ganz erheblich wären; fordert die Kommission auf, sich zu bemühen, die Verhandlungen im Hinblick auf den Abschluss eines Abkommens zur Förderung von Handel und Entwicklung wieder in Gang zu bringen;
92. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die EU-Strategien für den Marktzugang insbesondere für KMU konsequent umzusetzen, einen besseren Schutz der Rechte an geistigem Eigentum zu gewährleisten und Fälschungen zu bekämpfen; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, das Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (ACTA) so bald wie möglich abzuschließen;
93. fordert die Kommission auf, alle ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mittel zur Unterstützung fairer und ausgewogener Beziehungen zu unseren Handelspartnern in Bezug auf den Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten für europäische Unternehmen einzusetzen;
94. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.